

Buschmann will Gefängnisse entlasten

Volle Haftanstalten, hohe Kosten im Justizvollzug: Der Justizminister will Ersatz für Freiheitsstrafen schaffen.

Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder will, soll nach den Vorstellungen von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) künftig nicht mehr so viel Zeit ersatzweise hinter Gittern verbringen müssen. Ein Entwurf, der zur Abstimmung an die anderen Ressorts der Bundesregierung verschickt wurde, sieht vor, dass ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe nicht mehr einem, sondern zwei sogenannten Tagessätzen entsprechen soll. Die Zeit hinter Gittern würde dadurch also kürzer.

Wie hoch der jeweilige Tagessatz ist, hängt vom Nettoeinkommen des Verurteilten ab. Geldstrafen, die bei Nichtzahlung in die Haftanstalt führen, werden zu etwa einem Drittel wegen kleinerer Diebstähle oder Betrügereien verhängt. Knapp ein Viertel der Fälle betrifft Schwarzfahrer. Eine Entscheidung darüber, ob das Fahren ohne gültigen Fahrschein womöglich demnächst von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird, soll im Zuge dieser geplanten Reform noch nicht getroffen werden. Aus Koalitionskreisen heißt es dazu immer noch, dies werde noch geprüft.

Um Ersatzfreiheitsstrafen nach Möglichkeit zu vermeiden, soll die Vollstreckungsbehörde nach dem Willen des Bundesjustizministers zudem verpflichtet werden, Verurteilte rechtzeitig darauf hinzuweisen, wenn ihnen gestattet werden kann, die Ersatzhaft durch gemeinnützige Arbeit abzuwenden. Dieser Hinweis soll auf jeden Fall in einer Form erfolgen, die sicherstellt, dass ihn auch ein Mensch, der nicht gut Deutsch spricht, versteht. Buschmann hofft, dass die Länder mitziehen werden. Ein belegter Strafplatz kostete im Bundesdurchschnitt nach Berechnungen seines Ministeriums im Jahr 2019 rund 119 Euro pro Tag. *dpa*

► Das Zitat des Tages



„Ich kann jetzt nicht Geld in die Staatskasse zaubern. Ich hab auch keinen Geldscheißer im Ministerium wie im berühmten Märchen. Das habe ich alles nicht.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württembergs

► Kurz berichtet

Anschlag: selbst gebastelter Sprengsatz vermutet

OBERHAUSEN. Eine Explosion hat in Oberhausen das Parteibüro der Linken und mehrere Ladengeschäfte beschädigt. Da eine politische Motivation der Tat naheliegt, nahm der Staatsschutz Ermittlungen auf, wie die Polizei mitteilte. Die Polizei fand Anzeichen für einen selbst gebastelten Sprengsatz. Hinweise auf mögliche Täter gab es zunächst nicht. In der Nacht auf Dienstag hatte die Explosion gegen 3.20 Uhr die Scheiben des Parteibüros sowie benachbarte Geschäfte beschädigt, etwa einen Friseursalon und ein Reisebüro. *dpa/APP*

Festnahmen bei Polizeieinsatz gegen Schleuserbanden

DEN HAAG. Bei einem Großsinsatz gegen Schleuserbanden in 22 europäischen Ländern hat die Polizei mehr als 130 Verdächtige festgenommen. Das teilte die europäische Polizeibehörde Europol in Den Haag mit. Die Durchsuchungen fanden zwischen dem 6. und 13. Juni statt und richteten sich gegen Kriminelle, die Kinder schleusen. Mehr als 22 000 Beamte führten Kontrollen auf See und an Land. An der Aktion nahmen auch Interpol und die europäische Grenzschutzbehörde Frontex teil. *dpa*

Nicht einmal die Coronakrise konnte den Optimismus der Deutschen nachhaltig erschüttern. Als viele Geschäfte schließen mussten und das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise geriet, sorgten sich zwar Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz – doch schon Monate später kehrte die Zuversicht zurück. Mit großem Aufwand hatte die Politik es geschafft, die Wirtschaft zu stabilisieren und massenhafte Pleiten abzuwenden. Milliardenhilfen und Kurzarbeit trugen dazu bei, Firmen und Jobs abzusichern – sie stärkten zugleich das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Rund eineinhalb Jahre lang waren die Zuversichtlichen in der Mehrheit – nun liegen sie laut dem BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen mit einem Anteil von 24 Prozent wieder weit hinter denen zurück, die den kommenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegensehen: ein massiver Stimmungsumschwung. Dabei dominiert dieses Mal nicht die Angst um den Arbeitsplatz, sondern die Frage, wofür das Geld angesichts stark steigender Preise noch reicht. Rund die Hälfte will sich beim Autofahren oder bei Restaurantbesuchen einschränken, über 40 Prozent beim Urlaub und beim Kauf von Lebensmitteln.

Vor allem Geringverdienern geht die Geldentwertung an die Substanz. In den

► Leitartikel

Inflation gefährdet den Zusammenhalt

Der BaWü-Check zeigt, dass Geringverdiener am stärksten leiden. Darauf muss die Politik reagieren.

Von Klaus Köster



unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent stark oder sehr stark belastet und damit deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung. Sie schränken sich auch viel stärker ein. Setzt sich die Entwicklung fort, wird der Urlaub wieder ein Privileg für Besserverdiener. Die zumindest gefühlte Spaltung der Gesellschaft wird durch die Inflation deutlich vergrößert, denn diese wirkt wie eine Steuer, die vor allem Geringverdiener belastet. Diese geben besonders viel von ihrem Einkommen für den Konsum aus, der nun wesentlich teurer wird.

Die Umfrage zeigt, welchen Zündstoff diese Entwicklung birgt. Ein verstärktes Auseinanderdriften der Gesellschaft ist eine Steilvorlage für Populisten. Längst hat die AfD die Inflation als ideales Thema erkannt, um den einen Teil der Wähler als Projektionsfläche für den Frust der anderen zu nutzen. Die Gesellschaft sei gespalten in diejenigen, die erst an der Tankstelle bemerken, dass das Leben teurer wird und jene, die sich seit Langem kein Auto leisten könnten und nun für die Freiheit frieren sollten, erklärte Parteichef Tino Chrupalla. Bisher pro-

Ein Gasstopp könnte die Lage noch verschärfen – doch die Politik bremst sich aus.

Minister-Rücktritte führen zu Regierungskrise in London

Nach einem Skandal um sexuelle Belästigung eines führenden Tory-Mitglieds stützte das Kabinett den britischen Premierminister Boris Johnson lange gegen Vorwürfe. Damit ist nun Schluss.

Großbritannien stürzt in eine Regierungskrise. Begleitet von Kritik an Premierminister Boris Johnson haben Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid ihre Ämter niedergelegt. Er habe das Vertrauen in den Regierungschef verloren, schrieb Javid in seinem am Dienstagabend veröffentlichten Rücktrittsschreiben. Unter Johnsons Führung werde die Partei von der Öffentlichkeit weder als wertgeleitet angesehen noch die sie dem nationalen Interesse.

Auch nach dem parteiinternen Misstrauensvotum, das Johnson kürzlich knapp gewann, habe der Premier keinen Kurswandel eingeleitet. „Mir ist klar, dass sich diese Situation unter Ihrer Führung nicht ändern wird“, schrieb Javid weiter.

Johnson kaum noch im Amt zu halten?

Finanzminister Sunak betonte, er sei immer loyal zu Johnson gewesen. „Aber die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass die Regierung richtig, kompetent und ernsthaft handelt.“ Der Sender Sky News zitierte ein namentlich nicht genanntes Regierungsmitglied, dass Johnson nun kaum noch im Amt zu halten sei.

Der Druck auf den Premier hatte zuletzt wegen des Skandals um sexuelle Belästigung durch ein führendes Tory-Fraktionsmitglied wieder deutlich zugenommen. Der Premierminister entschuldigte sich am Abend und sagte, die Berufung von Chris Pincher zum sogenannten Vize-Whip sei ein Fehler gewesen. Er habe in dem Fall aber nicht gelogen, betonte Johnson in der BBC.

Die sogenannten Whips – auf Deutsch wörtlich Peitschen – sollen in ihrem Amt für Fraktionsdisziplin sorgen. Pincher war vorige Woche zurückgetreten, weil er schwer betrunken zwei Männer sexuell belästigt haben soll.



Kurz nach Gesundheitsminister Sajid Javid hat auch Finanzminister Rishi Sunak (links) angekündigt, die Regierung von Premier Boris Johnson zu verlassen. *Foto: dpa/Kirsty Wigglesworth*

Downing Street hatte zunächst betont, Johnson seien keine konkreten Vorwürfe bekannt gewesen. Am Dienstag musste sein Sprecher aber einräumen, dass der Premier bereits 2019 über ähnliche Anschuldigungen gegen Pincher informiert worden sei. Johnson habe sich daran zunächst nicht erinnern können, hieß es nun von der Regierung. Pincher war erst im Februar in sein Amt berufen worden. Auf Johnson kommen nun harte Tage zu, in denen er sich auf einige Anschuldigungen gefasst machen muss. Denn mitten in dem Skandal um sexuelle Belästigung in seiner Konservativen Partei muss sich der britische Premierminister am Mittwoch den Fragen eines Parlamentsausschusses stellen. Die traditionelle Befragung vor dem so-

genannten Liaison Committee im Unterhaus ist einer der Höhepunkte des Jahres im britischen Parlament. Bei keiner anderen Gelegenheit hat der Regierungschef so wenig Möglichkeiten, unangenehme Fragen auszuweichen. Das Ereignis wird als „grilling“ bezeichnet.

Ärger mit „Partygate“-Affäre

Mit dem internen Misstrauensvotum hatte Johnson die „Partygate“-Affäre um illegale Lockdown-Feiern in der Downing Street hinter sich lassen wollen. Wegen der Teilnahme an einer der Partys hatte der Premier persönlich eine Geldstrafe zahlen müssen. Er blieb entgegen der Erwartungen auch nach innerparteilicher Kritik im Amt. *dpa*

► Die Tomicek-Karikatur



Dauerschleife

Nato-Staaten signieren Beitrittsprotokolle

Schweden und Finnland sind der Aufnahme in die Nato einen weiteren Schritt näher. Nun steht noch Arbeit in den 30 Mitgliedstaaten an.

Vertreter der 30 Mitgliedstaaten der Nato haben die für die Aufnahme von Schweden und Finnland notwendigen Beitrittsprotokolle unterzeichnet. „Das ist ein historischer Tag für Finnland, für Schweden, für die Nato und für die euro-atlantische Sicherheit“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Beide Länder würden wesentliche Beiträge zu dem Verteidigungsbündnis leisten und die Nato noch stärker machen. Der brutale Einmarsch Russlands in die Ukraine habe den Frieden in Europa zerstört, sagte Stoltenberg. Deshalb sei es nun wichtig, zusammenzustehen.

Mit den Beitrittsprotokollen wird Stoltenberg ermächtigt, die beiden nordischen Staaten offiziell zur Mitgliedschaft einzuladen. Bevor sie in Kraft treten können, müs-

fitiert die Partei nicht von der Krise – doch angesichts der möglichen Verschärfung der Lage durch einen russischen Gas-Lieferstopp kann sich die Stimmung auch drehen.

Ein Ausgleich, der sozial schwache Haushalte vor Überschuldung oder Pleite schützt, ist nötig, um die Lasten gerechter zu schultern. Klar ist allerdings auch, dass das Geld, das die Verbraucher zusätzlich ausgeben müssen, vor allem ins Ausland fließt – etwa zu den Lieferanten von Öl und Gas. Dieses Geld lässt sich in Deutschland nicht umverteilen. Einige Firmen wie Mercedes schaffen es zwar, derart an der Preis- und Inflations-schraube zu drehen, dass sie trotz Kostensteigerung hohe Gewinne erzielen – in Summe aber kostet die Inflation Wohlstand, der sich auch durch Geld aus der Staatskasse nicht wird aufrechterhalten lassen.

Dass die Politik nicht alles unternimmt, um eine weitere Steigerung der Energiekosten abzuwenden, ist wenig verantwortungsvoll. So würde die Verlängerung der Laufzeit der Atommeiler zumindest verhindern, dass Deutschland seine riesige Energielücke weiter vergrößert. Doch darüber will Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) nicht einmal mehr nachdenken. Schließlich sei die Entscheidung bereits gefallen. Tabus und Denkblockaden aber sind das Letzte, was aus dieser Situation heraus helfen kann.

Ehe für alle: Mehr als 65 000 Trauungen

Trotz vieler gleichgeschlechtlicher Eheschließungen sehen Lesben und Schwule gesetzlichen Nachholbedarf.

Seit Einführung der Ehe für alle im Jahr 2017 sind in Deutschland mehr als 65 000 gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen worden. Stand Ende vergangenen Jahres liegen die Frauen etwas vorne: So wurden knapp 33 300 Ehen zwischen Frauen und gut 32 300 zwischen Männern gezählt, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

„Die Ehe für alle hat für Schwule und Lesben endlich ein großes Stück gesellschaftliche Gleichberechtigung gebracht“, sagte Stefanie Lünsmann-Schmidt aus dem Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) in Berlin.

Bundestag und Bundesrat hatten die Ehe für alle vor fünf Jahren, kurz vor der Sommerpause 2017, beschlossen – also die rechtliche Gleichstellung homosexueller mit heterosexuellen Partnerschaften, einschließlich des uneingeschränkten Adoptionsrechts. Seit dem 1. Oktober 2017 können gleichgeschlechtliche Paare heiraten.

Zuvor hatten diese nur die Möglichkeit, eine Lebenspartnerschaft amtlich eintragen zu lassen. Ein Teil davon wurde seitdem in Ehen umgewandelt. „Ohne Umwandlungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften waren es bis Ende 2021 insgesamt 36 800 gleichgeschlechtliche Eheschließungen“, erklärten die Statistiker. „Wir sehen auch an der hohen Anzahl der umgewandelten Lebenspartnerschaften in Ehen, dass der Zugang zur Ehe notwendig, gewollt und richtig war“, sagt Lünsmann-Schmidt.

Doch der LSVD sieht immer noch gesetzlichen Nachholbedarf: „Wir benötigen ein Abstammungsrecht, in dem Kinder von Beginn an zwei Eltern haben und in der queere Paare nicht, trotz gemeinsamen Kinderwunsches und gemeinsamer Erziehung, durch ein aufwendiges gerichtliches Adoptionsverfahren müssen“, sagte Lünsmann-Schmidt. *dpa*

dpa